

Politik

BBC-Umfrage | 20.11.2009 16:32 | Michael R. Krätke

[ 22] 

Dem Kapitalismus laufen die Gläubigen davon

Ein BBC-Umfrage, gestartet zum 20. Jahrestag des Mauerfalls zeigt, wie die Akzeptanz des herrschenden Wirtschaftssystems auch in den Industriestaaten schrumpft

Vom „Ende der Geschichte“ redet niemand mehr. 20 Jahre nach dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“, nach einer Serie von Finanzkrisen und Börsencrashes geht es dem Kapitalismus gar nicht gut. Plötzlich sind viele Berufsoportunisten aus der politischen Klasse erklärte Keynesianer und betreiben gnadenlose Klientel-Politik. Auf die bekennenden (Neo-)Liberalen schwören nur noch Minderheiten von Besserverdienenden, die von der Politik vor allem eines erwarten: Dass sie ihnen ein herzhaftes „Bereichert Euch“ entgegen schmettert.

Die Mehrheit ahnt etwas

Derweil laufen dem Kapitalismus die Gläubigen davon. Zum 20. Jahrestag des Mauerfalls, gedacht als Beitrag zur Jubelfeier eines triumphierenden Kapitalismus, hat die britische BBC Ergebnisse einer weltweiten Umfrage veröffentlicht, die kaum dazu angetan gewesen wären, das Berliner „Fest der Freiheit“ vom 9. November anzureichern.

Nur eine Minderheit – nicht mehr als elf Prozent der Weltbevölkerung – teilt noch den seltsamen Köhler-Glauben, dass die „freie Marktwirtschaft“ anstandslos funktioniert, und jeder Versuch zur Regulierung dieses wunderbaren Systems nur stört. Dagegen scheint fast ein Viertel der Weltbevölkerung davon überzeugt: Wir haben es beim Kapitalismus mit einem irreparablen, nicht reformierbaren Wirtschaftssystem zu tun – eine Alternative ist wünschenswert. Eine knappe Mehrheit von 51 Prozent der Befragten ist der Ansicht, die kapitalistische Reproduktion sei angeschlagen, aber durch Reformen innerhalb des Systems und mehr Regulierung reanimierbar.

Kapitalismuskritiker unterschiedlicher Konsequenz haben also eine Mehrheit von 74 Prozent. 2005 ermittelte das gleiche Institut *Globscan* bei einer ähnlich gelagerten Umfrage in 20 Ländern noch eine Majorität von 63 Prozent, die den Kapitalismus für das beste aller Systeme hielt.

Zwischen Juni und September 2009 hat *Globscan* für die BBC nun erneut etwa 30.000 Menschen in 27 Ländern interviewt, darunter fünf west- und vier osteuropäische Staaten, die USA und Japan, die BRIC-Gruppe mit Brasilien, Russland, Indien und China. Dazu kamen drei afrikanische, zwei asiatische Länder, außerdem Chile, Mexiko und zwei mittelamerikanische Nationen, ferner Kanada, Australien, Pakistan und die Türkei. Die meisten Anhänger des Kapitalismus fanden sich in den USA (25 Prozent) und in Pakistan (21) – die meisten Gegner artikulierten sich in Frankreich (43), Mexiko (38), Brasilien (35) und in der Ukraine (31). Deutschland ist ein Sonderfall: Nur acht

Prozent hierzulande halten den Kapitalismus für ersetzbar, selbst in den USA gibt es mehr Befürworter eines Systemwechsels. Allerdings meinen drei von vier befragten Deutschen, das geltende Wirtschaftsregime habe ernste Gebrechen, die mittels Reform geheilt werden sollten. In Frankreich neigt nur jeder Zweite zu dieser Ansicht.

Dafür halten in Deutschland 16 Prozent Unentwegte den Kapitalismus für unschlagbar, weniger als in den USA, aber deutlich mehr als in Großbritannien (13) oder Frankreich (6). Das Globscan-Zahlenwerk lässt gleichsam erkennen, kaum jemand weint dem real existierenden Sozialismus viele Tränen nach. Der Zerfall der Sowjetunion wird in den meisten Ländern mehrheitlich ohne Bedauern quittiert. Bei den Ausnahmen – Russland, Ukraine und Indien – vertreten große Gruppen der Befragten eine andere Meinung. Erfahrungen mit den nationalen Spielarten des Kapitalismus dürften ausschlaggebend sein.

In 17 der 27 Globscan-Länder will eine Mehrheit (56 Prozent im Schnitt), dass die Regierungen stärker regulieren. In Brasilien (87 Prozent), in Frankreich (76), Spanien (73), China (71) und Russland (68) finden staatliche Interventionen in der Wirtschaft den stärksten Beifall – während die Zustimmungsrate in Deutschland nur bei 45 Prozent liegt. Dafür will eine klare Mehrheit von 77 Prozent der Deutschen, dass Reichtum gerechter verteilt wird.

Alltägliche Gehirnwäsche

Fazit all dieser Angaben: Regulierung ja, Umverteilung ja, Staatseigentum an den Produktionsmitteln ja, aber mit Vorbehalten. Das „gemischte Wirtschaftssystem“ hat weltweit mehr Freunde als der „reine“ Kapitalismus. Eine Mehrheit weiß oder ahnt, dass der Kapitalismus bisher nur überlebt hat, weil er nie Kapitalismus an sich war.

Eine zu gleichen Zeit vom Insitut *Globscan* veranstaltete Umfrage *Wirtschaftspolitik in der Krise* (diesmal wurden 22.000 Befragte in 20 Ländern erfasst) zeigt im Ergebnis ebenfalls klare Konturen. Mehrheiten in 13 der 20 untersuchten Staaten wollen eine signifikante Steigerung der Staatsausgaben, um die Wirtschaft zu stimulieren. Am höchsten ist die Zustimmung hierzu in China (94 Prozent), am geringsten in den USA (immerhin 50 Prozent) und erstaunlicher Weise in Japan mit 38 Prozent. Im Blick auf Einzelmaßnahmen können Investitionen in erneuerbare Energien und grüne Technologien auf hohe Zustimmung (72 Prozent) rechnen. Insgesamt sind 62 Prozent aller Befragten für Staatshilfen bei Branchen und Unternehmen in Existenznot – die Mehrheit für Rettungsaktionen zugunsten von Banken fällt freilich bescheidener aus (51 Prozent). Eine klare Mehrheit von 60 Prozent findet, dass Gewinne und Verluste im Sog der Finanzkrise ungerecht verteilt worden sind.

Die multiple Weltkrise, deren Dimensionen die Regierenden und die meisten Parteiapparate in Deutschland bis heute nicht verstanden haben, ist auch eine Glaubenskrise. Seit jeher war der Kapitalismus eine Kultur und Alltagsreligion, er wird den Ungläubigen durch die alltägliche Gehirnwäsche vorzugsweise am Arbeitsplatz, gelegentlich mit Feuer und Schwert, beigebracht. Der Fanatismus bei den Neubekehrten, den Ex-Marxisten und Ex-Kommunisten, wie sie in der bundesdeutschen Intelligentsia reichlich vertreten sind, ist dabei mit das Schlimmste, was einem widerfahren kann. In Deutschland werden sich die Eliten jedenfalls freuen, dass die Schar der Antikapitalisten vergleichsweise klein blieb und über die ungläubigen und renitenten Franzosen ihre Köpfe schütteln.

Hintergrund

Michael R. Krätke ist Professor für Politische Ökonomie an der Universität Lancaster

der Freitag Artikel-URL: <http://www.freitag.de/politik/0947-kapitalismus-finanzkrise-umfrage>

Copyright © **der Freitag** Mediengesellschaft mbh & Co. KG